

Bösewicht oder Heilsbringer?

Heutige Opfersicht und damaliger Zeitgeist: Die Diskussion um die Münsterlinger Medikamententests polarisiert weiterhin.

Silvan Meile

Die Empörung hallt nach. «Wir sind nach wie vor sprachlos.» Die Interpellanten, die in der vergangenen Woche eine weitere Diskussion über den Testfall Münsterlingen im Grossen Rat angestossen haben, stören sich noch immer am Votum von Kantonsrätin Katharina Zürcher im Namen der Mitte-Partei. «Die Aussagen von Frau Zürcher, es sei halt in der damaligen Zeit quasi üblich gewesen, die Patientenrechte zu negieren, greift zu kurz», schreiben Edith Wohlfender (SP), Marina Bruggmann (SP) und Peter Dransfeld (GP) in einer Stellungnahme. «Nach unserem Ermessen waren die Aussagen beleidigend gegenüber den Menschen, die von den Medikamentenversuchen betroffen und unfreiwillig über Jahre in der Klinik Münsterlingen eingeschlossen waren.»

Die Anschuldigung, sie hätte Patienten beleidigen wollen, weise sie entschieden zurück, sagt Katharina Zürcher. Das sei nie ihre Absicht gewesen. Sie betrachtet den Fall aus der Optik des damaligen Zeitgeists. «Der geschichtliche, rechtliche und gesellschaftliche Hintergrund muss bei alledem in Betracht gezogen werden, ebenso wie die damaligen Arbeitsbedingungen.» In der Klinik jener Zeit mit einem Chefarzt und 700 Patienten gleichzeitig sei es praktisch nicht umsetzbar gewesen, das Einverständnis jedes einzelnen Patienten einzuholen. Und sie streicht hervor: «Mit Einführung der Medikamente konnten den Patienten Elektroschocks, Zwangsjacken, Schlafmittel und dergleichen, die bis dahin üblich waren, erspart werden.»

Das lassen die Interpellanten jedoch so nicht gelten. Sie rücken die Opfer der Medikamententests in den Vordergrund: «Das Argument von Kantonsrätin Zürcher, dass ja durch solche Tests ein Medikament für die Therapie von Menschen mit Depression erforscht und entwickelt werden konnte, entbehrt jeglicher Würde gegenüber den damaligen Patienten.» Und be-



Roland Kuhn, ehemaliger Leiter der psychiatrischen Klinik Münsterlingen, mit zwei Mitarbeiterinnen.

Bild: PD

reits zur Zeit von Kuhns Wirken in Münsterlingen ab 1946 und bis in die 1980er-Jahre habe es Verhaltensregeln gegeben. Die Interpellanten erwähnen in ihrer Stellungnahme den Nürnberger Kodex aus dem Jahre 1947, der besage, dass bei medizinischen Versuchen an Menschen die freiwillige Zustimmung der Versuchspersonen unbedingt erforderlich sein müsse.

Das sei rechtlich nicht bindend gewesen

«Massgebend ist nicht der Nürnberger Kodex, sondern allein die schweizerische Gesetzgebung», sagt hingegen Zürcher. Der Ruf nach strengeren Regulierungen sei gemäss der Studie «Testfall Münsterlingen» nach dem Contergan-Skandal 1961 zwar laut geworden. Doch selbst die Richtlinien der

«Der geschichtliche, rechtliche und gesellschaftliche Hintergrund muss bei alledem in Betracht gezogen werden.»



Katharina Zürcher
Kantonsrätin Mitte

«Die Aussage, es sei halt in der damaligen Zeit quasi üblich gewesen, die Patientenrechte zu negieren, greift zu kurz.»



Edith Wohlfender
SP-Kantonsrätin

Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften, die 1970 eine Einverständniserklärung der Probanden vorsah, sei rechtlich nicht bindend gewesen.

Kuhn missachtete solche Erklärungen offenbar konsequent. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Medikamententests in Münsterlingen zeigt auf, dass ein Eingeständnis oft fehlte. «Dass Patientinnen und Patienten völlig freiwillig an klinischen Versuchen teilnahmen, kam in Münsterlingen selten vor», halten die Historiker im Buch «Testfall Münsterlingen» fest. Nicht nur das: «Stationären Patienten, die keine Mittel einnehmen wollten, mischt man Prüfsubstanzen auch mal in den Kaffee oder in die Suppe.»

Die Historiker fanden aber auch Belege, dass Prüfungen ab-

gebrochen wurden, wenn sich Patienten erfolgreich widersetzen. Die Untersuchung erwähnt, dass damals auch andersorts lange ohne die Zustimmung der Patienten Medikamententests durchgeführt worden seien. «Auch wenn Kuhn in vielen Aspekten ein aussergewöhnlicher und besonders eifriger Prüfer war – klinische Versuche mit psychoaktiven Stoffen fanden nicht nur in Münsterlingen, sondern auch an zahlreichen anderen Institutionen der Schweiz statt.» So kommt die historische Aufarbeitung zum Schluss: «Die Einwilligungspolitik in Münsterlingen fiel im zeitgenössischen Vergleich wohl kaum stark aus dem Rahmen.»

Unter Kuhns Federführung sei die Klinik jedoch in ein regelrechtes Versuchsfieler geraten. Mit den Umwälzungen und der Standardisierungswelle, welche die Pharmaindustrie erfasste, habe er nicht Schritt gehalten.

Unterschiedliche Einschätzungen

Katharina Zürcher bewertet anders als die Interpellanten die Medikamententests weiterhin als weder «fragwürdig noch illegal». Konkrete Beispiele würden die Interpellanten jedenfalls schuldig bleiben. Diese sind deshalb noch immer brüskiert. «Sie rechtfertigt die Machenschaften des damaligen Klinikleiters Kuhn durch alle Böden hindurch», empören sich Wohlfender, Bruggmann und Dransfeld über Zürcher. «Nicht genug, zuletzt unterstellt sie den Interpellierenden, dass sie ungenau recherchiert und keine Kenntnisse zu Patientenakten hätten.»

In ihrer Interpellation schreiben sie, dass «etliche Betroffene dieser fragwürdigen Medikamententests» bis heute gezeichnet seien, vor allem jene, die als Kinder und Jugendliche miteinbezogen worden seien. «Sie konnten in vielen Fällen nie eine Berufsausbildung absolvieren, durchlebten eigentliche Anstaltskarrieren und leben bis heute an oder unter der Armutsgrenze.»

Der Thurgau ruft den Gesundheitsgipfel ins Leben

Künftig sollen aktuelle Fragen des kantonalen Gesundheitswesens an einer Zusammenkunft besprochen werden.

«Baustellen» oder eben Brennpunkte im Thurgauer Gesundheitswesen sollen identifiziert und Lösungen dafür zu erarbeitet werden. An einer Tagung im «Greuterhof Islikon» trafen sich 60 Führungspersonen aus dem Thurgauer Gesundheitswesen. Das schreibt der Kanton in einer Mitteilung. «Dabei wurden die Ergebnisse von drei Initiativen vorgestellt: Das Teilprojekt «Integrierter Patientenpfad COPD» hatte unter anderem zum Ziel, die an dieser chronischen Lungenerkrankung leidenden Patientinnen und Patienten dabei zu unterstützen, einen besseren Umgang mit ihrer Erkrankung

zu finden.» Das Programm «Besser Leben mit COPD» lehre Wissen und Werkzeuge, mit denen Patientinnen und Patienten ihre Krankheit besser bewältigen können.

Im Teilprojekt «Demenzfreundliche Gemeinden» sei ein Leitfaden erarbeitet, der es interessierten Gemeinden ermögliche, sich zu einer demenzfreundlichen Gemeinde zu entwickeln. Diejenigen Gemeinden, die den Leitfaden anwenden, erhalten eine Auszeichnung zur Anerkennung ihrer Anstrengungen. Die Gemeinden bekommen von Alzheimer Thurgau Unterstützung

bei der Einführung des Leitfadens. «Für die Pilotphase haben sich bereits Tobel-Tägerschen und Gachnang angemeldet.» Eine dritte Gemeinde, die sich an der Pilotphase beteiligen möchte, werde noch gesucht.

Im Teilprojekt «Kinderschutz» sei es gelungen, die Grundlagen für ein Konzept zu schaffen, wie der Kinderschutz im Thurgau koordiniert werden soll. «Es gibt viele Angebote und ungeklärte Schnittstellen in diesem Bereich, was zu Doppelspurigkeiten führt und die Übersicht erschwert.» Es soll eine Koordinationsgruppe Kinderschutz geschaffen werden, die

im Departement für Erziehung und Kultur angesiedelt sei. Diese Gruppe soll die bestehenden Angebote besser koordinieren und sicherstellen, dass alle Kinder, welche eine Unterstützung benötigen, diese auch erhalten.

Das Projekt «Brennpunkte Gesundheit Thurgau» habe nun drei je dreijährige Zyklen hinter sich. Nach diesen drei Zyklen werde es abgeschlossen. Projektleiter Felix Helg verwies in seinem Schlusswort auf die neun Projekte, die im Laufe dieser Zeit realisiert wurden. In einem schweizweit einzigartigen Rahmen wurden unterschiedliche Themen wie die Si-

cherstellung der hausärztlichen Versorgung, die Einführung eines elektronischen Medikamentenplans oder die Sensibilisierung von Jugendlichen für die Gewalt in Beziehungen bearbeitet.

In Zukunft sollen in einem Gesundheitsgipfel Lösungen für aktuelle Fragestellungen im Thurgauer Gesundheitswesen gesucht werden. Dieser Gesundheitsgipfel, zu dem Führungskräfte von wichtigen Organisationen des Gesundheitswesens eingeladen werden, werde von Urs Martin, dem Vorsteher des Departements für Finanzen und Soziales, initiiert. (red)

Coronasituation

Zahlen im Thurgau (Veränderung gegenüber Vorwoche).

Fälle seit März 2020:

28 687(+1349).

Infizierte (in Isolation):

1365 (+543).

Hospitalisiert:

21 (+7). Davon auf der

Intensivstation:

3 (+2).

Verstorbene:

504 (+2).

1. Impfdosis erhalten:

69,67 Prozent.

Vollständig geimpft:

64,21 Prozent.